

Verstärkung der Maßnahmen zur Integration der Roma

Die Europäische Kommission hat mitgeteilt, dass sie beabsichtigt, bis Ende des Jahres einen neuen EU-Politikrahmen für die Bekämpfung der sozioökonomischen Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen mit Roma-Hintergrund anzunehmen. Das Europäische Parlament arbeitet derzeit ausführliche Empfehlungen aus. In der Zwischenzeit sind eine Aussprache und Erklärungen des Rates und der Kommission während der Plenartagung im Juli vorgesehen.

Hintergrund

Die Roma ([als Oberbegriff](#) für verschiedene Gruppen wie Roma, Sinti, Kalé, Travellers, Dom und Lom und Menschen, die sich selbst als „Zigeuner“ bezeichnen) sind [Schätzungen zufolge](#) die größte ethnische Minderheit in Europa. Die Marginalisierung und Diskriminierung, der diese Bevölkerungsgruppen ausgesetzt sind, wurde 2011 in einer [Erhebung](#) der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) hervorgehoben. Als Reaktion darauf nahm die Europäische Kommission einen [EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma für den Zeitraum von 2012 bis 2020](#) an und legte dabei Ziele für die Verbesserung der Integration der Roma in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge und Wohnraum fest. Die EU-Mitgliedstaaten und die Erweiterungsländer wurden aufgefordert, [nationale Strategien](#) auszuarbeiten, die mit diesen Zielen im Einklang stehen, und [müssen](#) über eine Strategie für den Zugang zu EU-Finanzmitteln für die Integration der Roma verfügen.

Die FRA hat die Gesamtfortschritte beobachtet und wird bald die Ergebnisse einer neuen [Erhebung zu Roma und Travellers](#) veröffentlichen. Im Rahmen der [Erhebung aus dem Jahr 2016](#) wurde festgestellt, dass es weiterhin in starkem Ausmaß zu Hunger, Armut, schlechten Wohnverhältnissen, dem Ausschluss von Bildung und Beschäftigung und zu Diskriminierung kommt. Die FRA [stellte außerdem fest](#), dass die Bemühungen, die Situation der Roma zu verbessern, durch den [Antiziganismus](#) – einschließlich Hasskriminalität und Belästigungen – behindert werden. Eine [Eurobarometer-Umfrage](#) aus dem Jahr 2019 legt nahe, dass die Diskriminierung von Roma als weitverbreitet gilt. Darüber hinaus zeigen [Berichte](#), dass die COVID-19-Pandemie die Diskriminierung, Ausgrenzung und Armut noch verschlimmert.

Vorschlag für einen neuen EU-Rahmen für die Gleichstellung und Integration der Roma

Die Kommission hat einen [EU-Rahmen für Strategien zur Gleichstellung und Inklusion der Roma nach 2020](#) in ihr [Arbeitsprogramm](#) für 2020 aufgenommen, der für das vierte Quartal 2020 vorgesehen ist. In dem einschlägigen [Fahrplan](#) wird angegeben, dass weiterhin ein Schwerpunkt auf der Integration liegen wird und dass der Bekämpfung des Antiziganismus, der Prüfung der besonderen Bedürfnisse verschiedener Gruppen, der Einbeziehung der Zivilgesellschaft der Roma und einem solideren Beobachtungsmechanismus größere Aufmerksamkeit gewidmet werden wird.

Bei diesen Veränderungen wird den Ergebnissen von [Konsultationen](#) und [Evaluierungen](#) Rechnung getragen. Die endgültigen [Bewertungen](#) der Kommission ergaben, dass das politische Engagement und die finanzielle Unterstützung auf nationaler Ebene durch den Rahmen verbessert wurden, aber dass seit 2011 insgesamt nur begrenzte Fortschritte bei der Integration der Roma erzielt wurden. In einer [Evaluierung der Umsetzung](#) des Wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments (EPRS), in deren Rahmen die Standpunkte zu dem Rahmen zusammengefasst wurden, wird hervorgehoben, dass ein allgemeiner Konsens darüber besteht, dass eine wesentliche Schwäche darin besteht, dass der Rahmen nicht verbindlich ist.

Standpunkt des Europäischen Parlaments

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des Parlaments arbeitet derzeit einen Initiativbericht ([2020/2011\(INI\)](#)): Berichterstatter, Romeo Franz, Deutschland, Verts/ALE) aus, der sich auf die Evaluierung der Umsetzung des EPRS stützen wird, um konkrete Empfehlungen für den EU-Rahmen für die Zeit nach 2020 vorzulegen.

Das Parlament hat die EU und die Mitgliedstaaten bereits im Februar 2019 [aufgefordert](#), einen stärkeren, mit mehr Finanzmitteln ausgestatteten Rahmen für die Zeit nach 2020 einschließlich klarer und verbindlicher Ziele und eines spezifischen Ziels zur Bekämpfung der Diskriminierung anzunehmen. Zudem hat sich das Parlament für die stärkere Einbeziehung von Roma-Interessenträgern in die Ausarbeitung und Beobachtung des Politikrahmens, mehr Aufmerksamkeit für konkrete Roma-Gruppen, die durchgängige Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung und einen kindgerechten Ansatz ausgesprochen.

